

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Nur zur dienstlichen Verwendung

Kurzprotokoll der 54. Sitzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Berlin, den 10. April 2024, 09:00 Uhr
Jakob-Kaiser-Haus, JKH 1.302

Vorsitz: Dr. Christoph Hoffmann, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 Seite 5/10

Antrag der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation EUNAVFOR MED IRINI

BT-Drucksache 20/10508

Federführend:
Auswärtiger Ausschuss

Mitberatend:
Ausschuss für Inneres und Heimat
Rechtsausschuss
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Haushaltsausschuss (§ 96 GO)

Berichterstatter/in:
Abg. Rebecca Schamber [SPD]
Abg. Paul Ziemiak [CDU/CSU]
Abg. Ottmar Wilhelm von Holtz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Christoph Hoffmann [FDP]
Abg. Dietmar Friedhoff [AfD]
Abg. Cornelia Möhring [Die Linke]



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tagesordnungspunkt 2

Seite 10

Unterrichtung durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

30. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vom 30. Juni bis 4. Juli 2023 in Vancouver, Kanada

BT-Drucksache 20/10530

Federführend:
Auswärtiger Ausschuss

Mitberatend:
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

EU-Vorlage(n) ohne Beratung zur Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 3

Seite 11

a) **Menschenrechte und Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich – Jahresbericht 2023 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 28. Februar 2024 zu Menschenrechten und Demokratie in der Welt und der Politik der Europäischen Union in diesem Bereich – Jahresbericht 2023 (2023/2118(INI))**

P9_TA(2024)0106

Federführend:
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Mitberatend:
Auswärtiger Ausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für Digitales
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

b) **Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat Jahresbericht über die 2021 finanzierten humanitären Hilfsmaßnahmen der Europäischen Union**

KOM(2022)647 endg.; Ratsdok.-Nr. 15055/22

Federführend:
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Mitberatend:
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Tagesordnungspunkt 4

Seite 11

Unterrichtung durch die Bundesregierung (mündlich) im Vorfeld der Frühjahrstagung von Weltbank und IWF sowie einem Ausblick auf die 4. Internationale Entwicklungsförderungskonferenz 2025 in Madrid i. V. m. einem Gespräch mit Dr. Katrin Bremann (IDOS) und Dr. Dustin Schäfer (urgewald e. V.)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tagesordnungspunkt 5

Seite 11

Sonstiges

Tagesordnungspunkt 6

Seite 11

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU
**zu der Vereinbarten Debatte Historische Verant-
wortung übernehmen - Jüdisches Leben in
Deutschland schützen**

BT-Drucksache 20/9145

Federführend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Rechtsausschuss

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenab-
schätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-
wicklung

Ausschuss für Kultur und Medien

Haushaltsausschuss



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses und Teilnahmevermerk

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Abdi, Sanae – nein Diaby, Dr. Karamba – nein Gava, Manuel – ja Leiser, Kevin – ja Schamber, Rebecca – ja Sthamer, Nadja – ja Türk-Nachbaur, Derya – ja	Hagedorn, Bettina – nein Heinrich, Gabriela – nein Klose, Annika – nein Lugk, Bettina – nein Rudolph, Tina – nein Scheer, Dr. Nina – nein Stamm-Fibich, Martina – nein
CDU/CSU	Kippels, Dr. Georg – nein Klein, Volkmar – ja Rachel, Thomas – ja Stefinger, Dr. Wolfgang – nein Ziemiak, Paul – nein Zippelius, Nicolas – ja	Gröhe, Hermann – nein Grübel, Markus – nein Hierl, Susanne – nein Leikert, Dr. Katja – nein Rüddel, Erwin – nein Weiss (Wesel I), Sabine – nein
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Henneberger, Kathrin – ja Holtz, Ottmar Wilhelm von – ja Menge, Susanne – nein Otte, Karoline – nein	Kretz, Jürgen – nein Sacher, Michael – nein Eckert, Leon – ja Wagner, Johannes – ja
FDP	Gerschau, Knut – ja Hoffmann, Dr. Christoph – ja Mansmann, Till – ja	Beeck, Jens – nein Boginski, Friedhelm – nein Link (Heilbronn), Michael Georg – nein
AfD	Friedhoff, Dietmar – ja Frohnmaier, Markus – nein Naujok, Edgar – nein	Kaufmann, Dr. Malte – nein Keuter, Stefan – nein Weyel, Dr. Harald – nein
Die Linke	Möhring, Cornelia – ja	Domscheit-Berg, Anke – nein



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende** (Abg. Dr. Christoph Hoffmann, Amtierender Vorsitzender): Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können mit einer kleinen Verspätung beginnen. Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, haben wir noch die freudige Möglichkeit, zu Geburtstagen zu gratulieren. Im April hatte Kathrin Henneberger Geburtstag, am 1. April, sie wird wahrscheinlich noch kommen, wir gratulieren erst einmal in Abwesenheit und wünschen alles Gute, wie auch unserem PStS Niels Annen, der am 6. April seinen Geburtstag feiern konnte. Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns, Derya Türk-Nachbaur hat heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute, Gesundheit, viel Spaß und Freude mit uns hier im Ausschuss an diesem Geburtstag. Dann noch formal: BÜNDNIS 90 die GRÜNEN teilt mit, dass für die heutige Sitzung der Abg. Leon Eckert die stellvertretende Mitgliedschaft von Kathrin Uhlig übernimmt. Ich denke, das wird bei der Abstimmung der Fall sein. Er ist noch nicht da. Wir haben heute zwei TOPs mit Debatte, das sind TOP 1 und TOP 4. TOP 1 machen wir jetzt gleich, und TOP 4 machen wir nach der öffentlichen Anhörung. Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir den Abstimmungsblock bereits nach TOP 1 um ca. 9.30 Uhr durchführen werden, weil wir sonst die öffentliche Anhörung unterbrechen müssten, das wollen wir nicht. Insofern haben wir die TO so gestrickt. Dann steht nichts mehr im Wege, dass wir in die TO mit einsteigen.

Tagesordnungspunkt 1

Antrag der Bundesregierung **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation EUNAVFOR MED IRINI; BT-Drucksache 20/10508**

Der **Vorsitzende**: Wir kommen zum TOP 1 und somit zum Antrag der Bundesregierung und ich begrüße hierzu auch unseren PStS Niels Annen

noch einmal formal und sehr herzlich. Wir steigen, wie bei Mandatsverlängerungen üblich, direkt in die Fragerunde ein, und wir haben entsprechend auch Verstärkungen, die für Fragen vom BMZ, vom BMVg und vom AA zur Verfügung stehen. Herzlichen Dank, dass Sie alle da sind und unseren Fragenden zur Verfügung stehen. Wir beginnen mit der ersten Fragerunde. Wir haben uns jeweils fünf Minuten für Frage und Antwort vorgenommen. Die SPD macht den Auftakt mit Rebecca Schamber.

Abg. **Rebecca Schamber** (SPD): Herr Vorsitzender, die Lage in Libyen ist weiterhin instabil. Der Transitionsprozess schreitet nicht so voran, wie man sich das wünschen sollte. Deswegen unterstützen wir die Verlängerung des Mandates, weil wir es als Teil sehen, als Verzahnung zwischen militärischer, diplomatischer und entwicklungs-politischer Unterstützung und von daher werden wir der Verlängerung zustimmen. Ich will gleich in die Fragen einsteigen, und sie an das BMZ richten. Durch den Bürgerkrieg im Sudan befinden sich immer mehr sudanesische Flüchtlinge in Libyen. Vielleicht können Sie zu der Situation etwas sagen, und ob es bestimmte Projekte gerade für diese Personengruppe gibt. Dann noch die Frage: Libyen ist ein Nexus- und Friedenspartner des BMZ und es soll ein langfristiger Beitrag dort zur Stabilisierung auch des Friedens gewährleistet sein. Welche Rolle nehmen da insbesondere Frauen ein?

PStS **Niels Annen** (BMZ): Vielen Dank, auch von meiner Seite, Glückwunsch Derya und danke für die Glückwünsche. Zu den Themen, die Sie angesprochen haben. Das Thema Sudan beschäftigt die Bundesregierung sehr intensiv. Natürlich ist einer der Punkte, die wir immer vortragen, unabhängig von der Lage im Land selber, dass es einfach eine enorm destabilisierende Wirkung hat, wenn dieser Konflikt nicht eingedämmt und idealerweise gelöst wird. Es gibt jetzt keine mir bekannten spezifischen Programme, die auf diese Flüchtlings-situation in Libyen reagieren. Wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

nehmen das gerne noch einmal mit. Insgesamt arbeiten wir aber in Libyen vor allem mit Blick auf die besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen und das beinhaltet natürlich vor allem auch die Lage von Frauen und Mädchen. Wir glauben schon, dass das Mandat, über das wir hier heute sprechen, in einem Kontext von einer ganzen Reihe von politischen und entwicklungs-politischen Bemühungen gesehen werden muss, Libyen zu stabilisieren. Da will ich dem AA nicht vorweggreifen, aber die beiden Berliner Konferenzen, die organisiert worden sind, der Prozess, der sich daraus ergeben hat, der ist ja bis heute ein Anknüpfungspunkt für die politischen Akteure. Wir sehen als BMZ unsere Aufgabe darin, das mit entsprechenden Maßnahmen zu flankieren, allerdings stellen wir auch fest, dass es einen gewissen Stillstand gibt, dass sich die unterschiedlichen Regierungen und politischen Akteure in ihrem jeweiligen Bereich auch relativ gut eingerichtet haben und das stellt uns natürlich vor Probleme, aber auch die Tatsache, dass die internationale Aufmerksamkeit sich von Libyen weitestgehend abgewendet hat. Das ist ein großes Problem. Ich will ausdrücklich sagen, dass das aber nicht für uns gilt, sondern dass wir uns dort weiterhin sehr engagieren.

Der **Vorsitzende**: Keine weitere Nachfrage? Okay. Dann wäre für die CDU und CSU eigentlich Abg. Ziemiak gemeldet, aber der ist nicht da. Herr Zippelius ist da. Herr Ziemiak war gemeldet. Von daher haben wir eine kleine Verwirrung, aber Herr Zippelius kann das sicherlich auch locker machen.

Abg. **Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Wir als CDU/CSU-Fraktion unterstützen die IRINI-Mission. Der Dank und Respekt gilt natürlich unseren Soldatinnen und Soldaten, die mit ihrem Einsatz für mehr Stabilität in Libyen und der Region gesorgt haben bzw. dazu beigetragen haben. Wir als Fraktion haben vier Punkte, die uns besonders wichtig sind, auf die ich an der Stelle auch noch hinweisen möchte. Das ist einerseits

das verstärkte Engagement in Südosteuropa, damit die EU-Mission und NATO-Mission stärker zusammengedacht werden. Zweitens: Mit der Herausnahme der Ausbildungskomponente stellt sich die Ampel erneut gegen das Mandat der EU und beschreitet damit einen europapolitischen Sonderweg. Drittens: Wir müssen genau beobachten, was Russland in Libyen macht. Vier-tens: Wir müssen genau beobachten, wie Russland, Iran, China und Nordkorea gemeinsam für mehr Destabilisierung im Nahen und Mittleren Osten sorgen. Aus diesem Grund frage ich an dieser Stelle die Bundesregierung: Frau Baerbock hat im Rahmen der Beratung zum Antrag am 22. März 2024 darauf hingewiesen, dass eine bessere Zusammenarbeit im Bereich IRINI und Sea Guardian im Mittelmeerraum notwendig ist. Das trifft auch voll auf die Meinung der Union. Wir haben das auch schon seit längerer Zeit gefordert. Es wird gleichzeitig behauptet, an der Zustimmung aller beteiligten Akteure EU und NATO zu arbeiten. Jetzt die Frage: Wie sieht diese Arbeit der Regierung konkret aus, damit eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewährleistet wird?

Der **Vorsitzende**: Ich denke, das ist eine Frage an das AA. Deshalb bitte ich das AA, die Frage entsprechend zu beantworten.

Annette Pölking, stellvertretende Leiterin Referat 312 (AA): Guten Morgen auch erst einmal von mir. Wie Sie schon sagten, unsere Ministerin hat unseren Punkt deutlich gemacht. Wir sehen natürlich die Notwendigkeit einer engeren Kooperation zwischen IRINI und Sea Guardian und setzen uns dafür auch weiter ein. Es gibt allerdings aktuell keinen NATO-Konsens dazu. Dass dieser auch vom größeren Kontext der EU-Türkei-Beziehung abhängt, ist, glaube ich, allen deutlich. Das ist ein Thema und bleibt ein Thema, ist aber so schnell nicht zu lösen, ohne dem BMVg etwas vorwegnehmen zu wollen, wir sehen aber auf taktischer Ebene in den letzten Monaten auf jeden Fall eine Zunahme der Kommunikation zwi-



Nur zur dienstlichen Verwendung

schen IRINI und Sea Guardian und damit eine Verbesserung der Koordinierung der beiden Operationen.

Abg. Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich möchte noch einmal auf die Ausbildungskomponente zu sprechen kommen. Ich habe es auch vorher angesprochen. Man stellt sich gegen das Mandat der EU. Als Erklärung für den Rückzug Deutschlands aus der Ausbildungskomponente wird inakzeptables Verhalten einzelner Einheiten der libyschen Küstenwache gegenüber Flüchtlingen, Migranten und NGOs angegeben. Da an der Stelle die Frage: Wieso sollte die Herausnahme der Ausbildungskomponente dies verbessern?

Der Vorsitzende: Geht die Frage ans BMVG oder ans Auswärtige Amt? Wer fühlt sich kompetent?

Annette Pölking, stellvertretende Leiterin Referat 312 (AA): Ich kann gerne anfangen. Wir sehen aktuell die libysche Küstenwache nicht in der Lage und nicht als Akteur, mit dem eine Zusammenarbeit möglich ist, aufgrund der relativ gut dokumentierten Menschenrechtsverletzungen und schwierigen Situationen, die immer wieder entstehen, entsprechend wurde dieser Teil des Mandats aus dem deutschen Bundeswehrmandat rausgenommen. Es ist allerdings so, dass die Ausbildung noch überhaupt nicht begonnen hat, weil eine Vereinbarung zwischen Libyen und der EU dafür notwendig wäre. Diese Vereinbarung gibt es nicht. Von libyscher Seite besteht auch aktuell kein Interesse daran oder kein Verlangen danach.

Der Vorsitzende: Will das BMVg noch ergänzen?

Ronja Ganster, Referat Pol II 4 (BMVg): Das war ziemlich umfassend. Aufgrund der Tatsache, dass allein die EU diese Aufgabe noch nicht aufgenommen hat, hat es natürlich eine Relevanz für uns als Deutschland, dass das nicht Teil unseres Mandates ist, um zu signalisieren, dass wir dieses inakzeptable Verhalten der libyschen Küsten-

wache nicht unterstützen, aber faktisch macht es für die EU gerade keinen Unterschied, weil sie eben selbst diese Aufgabe noch nicht aufgenommen hat.

Abg. Ottmar Wilhelm von Holtz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Außenministerin hat ja bei der Einbringung des Mandatsverlängerungsantrags im Plenum davor gewarnt, dass Libyen zu einer vergessenen Krise werden könnte und droht zu werden und sie hat auch gesagt, dass politische Bemühungen, die ja auch laufen und wichtig sind, dennoch keine Perspektive haben, solange Waffen in das Land gelangen. Die Tatsache, dass das Mandat geändert wurde, in einem für uns Grüne in der letzten WP immer kritisier-ten Punkt, nämlich die Ausbildung der Küstenwache, zeigt, dass es tatsächlich auch in Bezug auf Mandate und Formulierung der Mandate einen Unterschied macht, ob man eine solche oder eine andere Koalition in der Regierung hat, insofern begrüßen wir die Verlängerung des Mandates, weil es eben diese Menschenrechtsverletzungen gibt, vor allen Dingen auch gegen Geflüchtete in den Lagern. Die Ausbildung ist schon angesprochen worden. Ich hätte vielleicht noch ergänzend dazu die Frage, wie Sie jetzt aktuell die Menschenrechtslage einschätzen. Ist es gleich schlimm geblieben? Hat man da noch Einfluss aufgrund von diplomatischen Bemühungen oder kann man vielleicht sogar eine leichte Besserung erkennen? Wie beurteilen Sie gerade die Lage dort?

Der Vorsitzende: Ja, Herr Annen, vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen und dann weitergeben an die entsprechenden Ministerien.

PStS Niels Annen (BMZ): Ich denke, die Kollegin aus dem AA kann mich gleich noch einmal ergänzen. Unser Eindruck ist weiterhin, und der ist auch, glaube ich, empirisch gestützt, dass es weiterhin ein hohes Maß an Straflosigkeit in Libyen gibt, gegenüber zum Teil gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Wir sprechen da, wo



Nur zur dienstlichen Verwendung

es die Gelegenheit gibt, mit den unterschiedlichen Autoritäten auch über diese Fragen. Ich habe, Herr Abgeordneter, vorhin ja auch erwähnt, dass ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit darin besteht, sich vor allem um die vulnerablen Bevölkerungsgruppen zu kümmern und da Libyen weiterhin ein Durchgangsland auch für Migration und Fluchtbewegungen ist und es eigentlich keinen der quasi staatlichen Akteure gibt, der sich tatsächlich an die internationalen Normen und Regeln gebunden fühlt und es auch keine Form von Accountability gibt, ist Libyen weiterhin ein Ort, in dem gravierende Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Wir sehen trotzdem, dass es in den letzten Jahren so etwas wie ein Sich-Einrichten im Status Quo gegeben hat. Es ist durchaus so, dass es in einigen Bereichen auch eine gewisse Stabilisierung gegeben hat im Bereich wirtschaftlicher Aktivitäten. Man kann sich inzwischen auch in weiten Teilen des Landes wieder besser bewegen, aber vielleicht könnte da das AA noch mal etwas dazu sagen. Wenn ich das richtig beobachtet habe, ist unsere Botschaft jetzt meistens besetzt, unser Botschafter ist in der Regel vor Ort. Ich glaube, das muss man auch mit einbeziehen, dass es eine parallele Entwicklung gibt. Wir sehen aber keinen Grund, in irgendeiner Art und Weise hier Entwarnung zu geben, sondern die Lage ist weiterhin gerade auch in den Detention-Centern dramatisch.

Abg. Ottmar Wilhelm von Holtz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte noch die Frage an das BMVg, ob dieser Einsatz evaluiert wird. Ist das mit im Plan drin und wann?

Der **Vorsitzende**: Ich würde erst noch das AA bitten, eine kleine Ergänzung zur vorhergehenden Frage zu machen, das ist ein bisschen verschlucht worden und dann das BMVg, bitte.

Annette Pölking, stellvertretende Leiterin Referat 312 (AA): Ja, ich ergänze gerne kurz. Genau, die Botschaft ist seit letztem Jahr ja wieder

durchgängig in Tripolis vor Ort. Das spiegelt in der Tat eine Stabilisierung der Sicherheitssituation wider, die natürlich der Bevölkerung als Ganzes auch zugutekommt. Das hören auch unsere Kolleginnen in Gesprächen von der Bevölkerung vor Ort. Die Menschenrechtslage bleibt extrem schwierig. Wir sind da natürlich trotzdem dran. Wir unterstützen beispielsweise NGOs, auch Frauen-NGOs, weil wir das Thema eben hatten. Wir arbeiten mit dem UNHCR zusammen und mit dem Nothilfefonds für Afrika, gerade mit Blick auf das Thema Flüchtlinge und Migranten. Also wir geben nicht auf, aber die Lage ist nicht sehr positiv.

Ronja Ganster, Referat Pol II 4 (BMVg): Zum Thema der Evaluierung und Überprüfung. EUNAVFOR MED IRINI wird natürlich seitens der EU regelmäßig überprüft. Auch im BMVg machen wir im Rahmen jeder Mandatsverlängerung Überprüfungen und dann ist der Einsatz auch Teil des Evaluierungsberichtes, den wir schreiben derzeit, der planmäßig noch in diesem Sommer zu allen laufenden mandatierten Auslands-einsätzen geschrieben und der noch diesen Sommer dem Bundestag zugeleitet wird.

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): Der Einsatz der Bundeswehr für die Mission EUNAVFOR MED IRINI ist für uns ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit im Mittelmeer, gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Situation am östlichen Rand des Mittelmeers ist es eben unabdingbar, gegen illegale Waffenhandel nach oder über Libyen weiter entschlossen vorzugehen. Das Land selbst bleibt politisch instabil und zerrissen.

Weiterhin fehlt eine neue Verfassung, ein konkreter Wahltermin, obwohl Wahlen von der Bevölkerung gewünscht sind, ist dieser Prozess doch sehr schleppend. Ein politischer Fortschritt im Land ist nicht festzustellen, auch wenn das AA eben sagte, eine Stabilisierung der Sicherheitslage sei festzustellen, ist eine neue militärische Eskalation meiner Meinung nach nicht auszuschließen, Milizen kontrollieren auch einzelne



Nur zur dienstlichen Verwendung

Regionen und Kriminalität ist ein dramatisches Problem. An das AA oder BMVg: meines Erachtens sind momentan aktuell 16 deutsche Soldatinnen und Soldaten eingesetzt. Im vergangenen Mandatszeitraum hat die Bundeswehr noch den Seefernaufklärer Orion gestellt. Mittlerweile ist es jetzt eine zivile Beechcraft, die wir dort haben. Wie wichtig ist dieser Beitrag des deutschen Kontingents für die Mission oder auch anders: Macht die Beteiligung der Bundeswehr sozusagen einen Unterschied? Was ich gesehen habe, die Kosten sind stark angestiegen im Vergleich zur Mandatsdiskussion im letzten Jahr. Woran liegt das? Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Ich glaube, das waren in erster Linie Fragen an das Verteidigungsministerium. Frau Ganster, wenn Sie uns da Auskunft geben könnten.

Ronja Ganster, Referat Pol II 4 (BMVg): Selbstverständlich. Sie haben recht, dass derzeit ungefähr 16 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt sind, das ist vor allem Personal im Operationshauptquartier und im Führungshauptquartier eingeschifft, dann haben wir aber natürlich auch noch den, im letzten Mandat war es der Seefernaufklärer, jetzt ist es die zivile Plattform, das ist begründet dadurch, dass wir einen Typenwechsel haben in der Luftwaffe und deswegen, um weiterhin einen Beitrag leisten zu können zur Operation, der von allen Seiten gewertschätzt wird und was uns auch immer wieder seitens der Operationsführung bestätigt wird, dass der deutsche Beitrag da eine wichtige Ergänzung des Lagers ist. Deswegen wurde beschlossen, dass wir diesen Beitrag fortführen, eben übergangsweise mit dieser zivilen Plattform. Das hat sich bewährt. Jetzt in den ersten Wochen haben wir festgestellt, dass das gut funktioniert. Es ist aber in der Tat, wie Sie auch gesehen haben, mit Mehrkosten verbunden. Das ist eine zivile Lösung, die eingekauft wird, die ist dann teurer, als wenn wir auf ein Flugzeug zurückgreifen, was bereits Teil der Bundeswehr ist. Deswegen ist es

übergangsweise natürlich teurer. Das stimmt, aber die Bundesregierung hat beschlossen, dass wir es für so wichtig erachten, diesen Beitrag weiterhin bruchfrei leisten zu können, dass man hier diese Mehrkosten in Kauf nimmt.

Der Vorsitzende: Herr Gerschau, wollen Sie noch mal nachfragen? Nein. Dann würden wir zur AfD kommen.

Abg. Dietmar Friedhoff (AfD): Wir lehnen diesen Auftrag ab, wie immer. Aber vier knackige Fragen.

Erstens: Wie sieht es bezüglich der Verbindung Libyen-Israel wegen des Gazastreifens aus? Welche Tendenzen gibt es in Libyen diesbezüglich? Sicherheitslage? Wie sieht die Kooperation mit der Türkei aus? Die hat sich das ein oder andere Mal doch ein wenig aufgelehnt gegen Untersuchungen von Frachtern und Schiffen. Dann kam die Frage von der CDU, welche Aktivitäten der russischen Marine gibt es vor der libyschen Küste? Da hätte ich gerne einmal die Erfolgsbilanz des Einsatzes. Wie viele Schiffe wurden aufgebracht? Was wurde sichergestellt?

Der Vorsitzende: Ich würde sagen, die Fragen Israel, Türkei und Russland gehen an das AA. Die Fragen der Erfolgsbilanz gehen an das BMVg.

Annette Pölking, stellvertretende Leiterin Referat 312 (AA): Zu Syrien und Israel, da sehen wir, anders als in anderen Ländern in der Region, gerade aus dem Israel-Konflikt, keine so direkten Einflüsse bislang. Was wir aus Syrien sehen, und das ist relativ bekannt, ist das Thema Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten, die über Syrien nach Ostlibyen kommen und von da gegebenenfalls weiter. Die Türkei ist weiter in Libyen sehr umfangreich militärisch präsent, stützt da auch westlibysche Akteure. Zu dem Verhalten auf See: Die Türkei ist der einzige Flaggenschiff-Staat, der bislang den Durchsuchungen von IRINI nicht zustimmt. Zur russischen Marine in libyschen Küstengewässern habe ich nichts.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Können wir gerne noch nachreichen. Ansonsten, Russland ist in Libyen präsent, zunehmend mit regulären Kräften und eben nicht mehr mit Wagner-Kräften.

Ronja Ganster, Referat Pol II 4 (BMVg): Noch eine Ergänzung zum Thema Türkei. Das, was meine Kollegin aus dem AA gesagt hat, stimmt, aber natürlich muss man hier auch betonen, dass das Ziel der Operation IRINI auch ist, politischen Druck auszuüben, das heißt, allein dieses Herausheben, diese Öffentlichmachung der Tatsache, dass die Türkei sich einer regelmäßigen Durchsuchung im Rahmen von IRINI verwehrt, dass diese Tatsachen weitergeleitet werden und an das Expertenpanel der VN, kreiert politischen Druck auf die Türkei und das ist auch ein Erfolg der Operation. Sie haben die Erfolgsbilanz angeprochen und wollen da sicherlich auch einige Zahlen hören. Es ist so, dass die Operation IRINI seit Operationsbeginn bisher mehr als 600 sogenannte Friendly Approaches durchgeführt hat, 27 Boardings, darüber hinaus werden regelmäßig, bisher fast 14 000 Schiffe, wurden abgefragt im Rahmen sogenannter Hailings und es gab drei Fälle, wo tatsächlich Verstöße gegen das VN-Waffenembargo festgestellt wurden.

Das war einmal 2020, es war sogar eine deutsche Fregatte, die das festgestellt hat, da wurde Kerosin konfisziert und dann gab es 2022 noch zwei weitere Fälle, wo jeweils militärische Fahrzeuge konfisziert wurden.

Der Vorsitzende: Weitere Nachfrage, Herr Friedhoff? Scheint nicht der Fall zu sein. Dann können wir diesen TOP hier abschließen und bedanken uns ganz herzlich bei den Mitarbeitern des BMZ, des BMVg und des AA, dass Sie hier waren. Herzlichen Dank.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir pünktlich um 9:30 Uhr zu unserem Abstimmungsblock. Wir haben heute zwei Abstimmungen und drei Kenntnisnahmen. Dazu müssen wir feststellen, dass der TOP 6, Entschließungsantrag der Frak-

tion der CDU/CSU, abgesetzt ist und dass wir über den nicht abstimmen müssen, insofern gibt es nur noch eine Abstimmung, nämlich zu TOP 1, den wir gerade behandelt haben und daher rufe ich diesen auch auf.

Tagesordnungspunkt 1

Antrag der Bundesregierung **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation EUNAVFOR MED IRINI; BT-Drucksache 20/10508**

Der Vorsitzende: Wer stimmt für diesen Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte?

Abg. **Volkmar Klein** (CDU/CSU): Ich hatte mich gemeldet, weil nach unseren Informationen der Antrag unter TOP 6 eben nicht abgesetzt ist.

Der Vorsitzende: Also das Sekretariat sagt, es wäre doch so. Jetzt was machen wir, Leute? Die Taktung des Bundestages wird immer enger. Ich merke das schon.

Kay Wahlen (Sekretariatsleiter PA 19): Der Innenausschuss sagt, es sei abgesetzt.

Der Vorsitzende: Wir stimmen über TOP 1 ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU/CSU. Wer stimmt gegen den Antrag? Das sind die AfD und Die Linke. Damit empfehlen wir mehrheitlich, den Antrag anzunehmen. Wir kommen zur Kenntnisnahme zum TOP 2.

Tagesordnungspunkt 2

Unterrichtung durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE **30. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vom 30. Juni bis 4. Juli 2023 in Vancouver, Kanada; BT-Drucksache 20/10530**



Nur zur dienstlichen Verwendung

Der **Vorsitzende**: Das nehmen wir zur Kenntnis. Dann haben wir noch die EU-Vorlagen zur Kenntnis zu nehmen.

Tagesordnungspunkt 3

EU-Vorlage(n) ohne Beratung zur Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 3

a) Menschenrechte und Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich – Jahresbericht 2023 – Entschließung des Europäischen Parlaments vom 28. Februar 2024 zu Menschenrechten und Demokratie in der Welt und der Politik der Europäischen Union in diesem Bereich – Jahresbericht 2023 (2023/2118(INI)); P9_TA(2024)0106

b) Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat - Jahresbericht über die 2021 finanzierten humanitären Hilfsmaßnahmen der Europäischen Union; KOM(2022)647 endg.; Ratsdok.-Nr. 15055/22

Der **Vorsitzende**: Das ist unser TOP 3 a und 3 b, die wir hiermit zur Kenntnis genommen haben. Haben wir alles zur Kenntnis genommen und alles abgestimmt? Damit sind wir am Ende unseres Abstimmungsblockes und wir würden dann nach einer kleinen Pause mit der öffentlichen Anhörung weitermachen.

**Tagesordnungspunkt 4 - öffentlich
Unterrichtung durch die Bundesregierung (mündlich) im Vorfeld der Frühjahrstagung von Weltbank und IWF sowie einem Ausblick auf die 4. Internationale Entwicklungsforschungskonferenz 2025 in Madrid i. V. m. einem Gespräch mit Dr. Katrin Berensmann (IDOS) und Dr. Dustin Schäfer (urgewald e. V.)**

Das Wortprotokoll zu diesem öffentlich beratenen TOP wurde auf der Homepage des Deutschen Bundestages veröffentlicht und ist nicht

Bestandteile dieses Protokolls.

Tagesordnungspunkt 5

Sonstiges

Tagesordnungspunkt 6

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zu der Vereinbarten Debatte - Historische Verantwortung übernehmen - Jüdisches Leben in Deutschland schützen; BT-Drucksache 20/9145

Abgesetzt

Schluss der Sitzung: 09:32 Uhr

Dr. Christoph Hoffmann, MdB
Amtierender Vorsitzender